

12. Kultur- und Kunstpolitik als Gestalterinnen und Hüterinnen der Demokratie: Vier Zukunftsthesen

Erstens: Die Spannungen der Gegenwart fordern ein, Pfade von Kultur, in denen Menschengruppen gegeneinander ausgespielt werden, zu verlassen. Sobald Kultur als »polar« oder »exklusiv« verstanden wird, führt der Weg zu Ausgrenzungen und Hass, welche die Gesellschaften spalten. Dies ist kein leichtes Unterfangen, denn unterschiedliche religiöse, aristokratische, aber auch bürgerliche und wirtschaftliche Eliten haben sie über Jahrhunderte genutzt, um die eigene Macht zu etablieren und an das »Eigene« und dessen Vormachtstellung zu vererben.

Wird Kultur jedoch aus einer Perspektive betrachtet, welche das Wohl der anderen im Sinne hat, die Verschiedenheit der Welt aufzeigt und diese Unterschiedlichkeit gemeinschaftlich akzeptiert wird, kann ein verantwortungsvolles Miteinander entstehen. Polarisierende Muster kultureller Bilder, Normen und Werte werden innerhalb dieses demokratischen, **apolaren Verständnisses von Kultur** aufgebrochen. **Demokratische Kulturen** verstehen sich nicht als etwas Ausgrenzendes, sondern als etwas Verbindendes, was im Einklang mit den Grund- und Menschenrechten steht. Kulturelle Traditionen, die andere marginalisieren und ausgrenzen, können somit nicht Teil dieser demokratischen Kulturen sein.

Aufgrund diverser Degradierungs- und Ausgrenzungstaktiken innerhalb der deutschen und europäischen Kulturgeschichte ist es ein herausforderndes Ziel, Formen des Öffnens, des Dialogs und des

Austauschs kulturell zu etablieren. An dieser Stelle sind künstlerische Praktiken entscheidend, da sie kulturelle Strukturen verändern, befragen, zuspitzen, verfremden, inszenieren, kombinieren oder eben auch »entähneln«. Das Prinzip der Entähnlichung und die Sorge um das Offene bieten vielerlei Möglichkeiten, Kulturen demokratisch zu gestalten und gemeinsam **Visionen des Miteinanders** zu entwickeln.

Zweitens: Dies geht mit einer Aufwertung und Ausbreitung des Künstlerischen und einer **vollumfänglichen Kunstfreiheit** einher. Aktive Politik darf sich nicht länger in die Belange der Kunst einmischen, lokale, nationale und internationale Kunst muss unabhängig gefördert werden. Ein Staatsziel »Kunst und Kultur in ihrer demokratischen Vielfalt« und Landesgesetze, die Kunst als Pflichtaufgabe definieren, sind ein möglicher Weg und können verbunden werden mit einem **Mindestförderlimit**, welches sich am Gesamthaushalt orientiert.

Aufgrund der gegenwärtigen Debatten ist der **Armlängenabstand seitens der aktiven Politik** obligatorisch. Kulturpolitiker*innen müssen garantieren, dass Kunst- und Kulturpraxis mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, dürfen sich aber nicht in die Vergabe einmischen, da sonst politische Instrumentalisierung möglich ist. Die Armlänge zur amtierenden Politiker*innen und die Unabhängigkeit der Entscheidungsgremien schützen sowohl die öffentlich geförderten Personen und Institutionen als auch die Politik. Letztere steht unter enormen Druck, von ihr werden zeitlich rasche Reaktion gefordert, welchen wiederum nicht den Arbeitsweisen von Kunst und Kultur entsprechen. Kunst muss sich Zeit nehmen, um unter den Teppich zu schauen oder Dingen auf den Grund zu gehen.

Vollumfängliche Kunstfreiheit geht mit der Verantwortung einher, **den etablierten Kunstbegriff zu erweitern** und die unterschiedlichen Kunstformen, die in einer diversen Gesellschaft leben, als solche auch anzuerkennen. Hochschulen, Akademien, Kunstinstitutionen haben die Aufgabe, Zugang und Erweiterung des Kanons und der Formen zu ermöglichen. Nur auf diese Weise kann das Ziel »Kunst in ihrer demokratischen Vielfalt« erreicht werden. Die vielseitigen Künste können polarisierende und ausgrenzende Mechanismen von Kultur befragen, da sie frei sind und gleichzeitig Bezüge zu allen Gruppen der Gesell-

schaft schaffen können. Auf diese Weise wird die Wirkungsmacht von Kultur nicht gegen andere Menschen, sondern füreinander eingesetzt.

Drittens: Geförderte Institutionen und Künstler*innen können mithilfe der **Einbindung und aktiven Mitgestaltung der lokalen Communities** ihre Themenfelder und Praktiken erweitern. Der von Forsa und der Liz Mohn Stiftung herausgegebene »Relevanzmonitor Kultur 2025« zeigt, dass 81 % der befragten Bürger*innen der Meinung sind, dass Kulturangebote wesentlich zur Förderung der Demokratie beitragen.¹ So würden sich diese vier von fünf Personen mit Sicherheit ebenso in die thematische Gestaltung der künstlerischen Projekte einbinden lassen und so der Kunstlandschaft eine noch breitere gesellschaftliche Relevanz beschern. Die Förderung der Demokratie ist jedoch nur dann möglich, wenn das künstlerische Projekt an sich frei und unabhängig ist und somit verschiedene Perspektiven, die auch unbequem sein können, aufzeigen kann. Gestalterische und thematische Einbindung der Gesellschaft und unabhängige künstlerische Arbeit sind kein Widerspruch. Die Grundrechte bieten genügend Regularien, dass antidemokratische, antisemitische, extremistische, misogyne, rassistische oder queergefeindliche Kunst untersagt wird.

Die Aufwertung des Künstlerischen kann nur dann langfristig gelingen, wenn sie mit einer **Fokussierung auf Zugang, Digitalität und Nachhaltigkeit** einhergeht. Der Klimawandel und die Digitalisierung fordern **Transformationsprozesse** ein, welche die Gesellschaft in ihren Grundfesten bewegen und wandeln. Aus diesem Grunde sind viele Menschen verunsichert, da sie das Gefühl haben, aus dem Wanken nicht mehr herauszukommen. Kunst kann hier ein Anker sein, der die Menschen (auch digital) erreicht und ihnen innerhalb von Transformation und Wandel Halt und Verortung in der ästhetischen Erfahrung von Gemeinschaft gibt. Diese Ästhetik hat eine nachhaltige Qualität, da sie sich um das Leben und die Umwelt sorgt und eine lokal-globale Perspektive einnimmt, die mithilfe digitaler Vernetzungen umgesetzt werden kann. Kunstpolitik sollte dafür Sorge tragen, dass beide Bereiche im Künstlerischen mitgedacht und reflektiert werden.

1 Liz Mohn Stiftung: *Relevanzmonitor Kultur 2025*, S. 39.

Viertens: **Europas Stärke ist seine ausgesprochen hohe kulturelle Vielseitigkeit**, die in den letzten Jahren jedoch die Europäische Union immer wieder herausfordert. Lokale Unterschiede in Normen, Traditionen und Werten haben den Anschein eines gemeinsamen vereinten Europas oftmals erblassen lassen, obwohl die Wertegemeinschaft und die europäischen Grundrechte so wertvoll sind. Die Vielfalt kann als Chance genutzt werden, wenn **ihr künstlerisch und nicht primär kulturell begegnet wird**. Auch wenn sich kulturelle Traditionen unterscheiden und oft gegeneinander ausgespielt werden, können sie in künstlerischen Räumen verbunden und verknüpft werden.